

hib-Meldung

heute im Bundestag - 21.01.2009

Bau von Solarkraftwerken in der Sahara als Energie-Alternative denkbar

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie/

Berlin: (hib/HLE) Angesichts der Lieferausfälle bei Erdgas aus Russland wird für Fraktionen und Bundesregierung die Nutzung der Sonnenenergie interessanter. Die Bundesregierung hält den Bau von Solarkraftwerken in der Wüste Sahara langfristig für eine Alternative zur verstärkten Nutzung des Erdgases. Das Risiko von Lieferausfällen werde verringert, und auch ökologisch sei die Maßnahme sinnvoll, so die Regierung am Mittwoch im Wirtschaftsausschuss.

SPD-Fraktion und Linksfraktion hatten auf Überlegungen hingewiesen, in der Wüste Sahara in Nordafrika Solarkraftwerke zu bauen. Dies könne der Industrie große Aufträge bringen, so die Linksfraktion. Auch die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen fragte nach Alternativen in der Energieversorgung. Die Unionsfraktion bezeichnete Solarkraftwerke in der Sahara als "interessante Variante", erklärte aber zugleich, sie wolle am bisherigen Energiemix für die Versorgung in Deutschland festhalten. Nach Angaben der Regierung gibt es Überlegungen in Deutschland, Frankreich und Ägypten, in der Sahara in größerem Umfang Solarkraftwerke zu bauen und den Strom nach Europa zu liefern.

Zum russisch-ukrainischen Gaskonflikt erklärte die Bundesregierung, dass Deutschland während des Stopps der russischen Lieferungen über Pipelines durch die Ukraine mehr Gas aus Norwegen beziehen können. Außerdem sei mehr Gas aus Russland über die Jamal-Pipeline, die über Weißrussland und Polen nach Deutschland führe, geliefert worden. Trotz der Lieferausfälle und der Kälte sei die Gasversorgung in Deutschland nicht gefährdet, versicherte die Regierung. Angesichts der verschiedenen Lieferquellen und großer Speicherkapazitäten hätten deutsche Gasunternehmen sogar zusätzliches Gas an von der Krise viel stärker betroffene Länder wie Slowakei, Ungarn, Serbien, Bosnien-Herzegowina und Kroatien geliefert. Das sei ein "Akt der Solidarität" gewesen, so die Regierung. Derzeit beziehe Deutschland 35 Prozent seines Gases aus Russland, 27 Prozent aus Norwegen, 18 Prozent aus den Niederlanden und 15 Prozent aus eigener Produktion. Mit 20 Milliarden Kubikmetern habe die Bundesrepublik zudem die größten Speicher in der EU. Das Gesamtvolumen entspreche fast einem Viertel des deutschen Jahresverbrauchs. Nach Ansicht der Regierung ist eine zügige Realisierung der Ostsee-Pipeline "von entscheidender Bedeutung". Die Kritik anderer Länder an dieser Pipeline sei auch eine Frage der Durchleitungsgebühren, die anderen Ländern entgehen könnten. Die FDP-Fraktion warnte davor, eine staatliche Gasreserve wie beim Öl anzulegen, auch wenn der "allgemeine Staatswahn" derzeit Konjunktur habe.

Herausgeber

Deutscher Bundestag, PuK 2 - Parlamentskorrespondenz

Verantwortlich: Saskia Leuenberger

Redaktionsmitglieder: Dr. Bernard Bode, Claudia Heine, Sandra Ketterer, Michael Klein, Hans-Jürgen Leersch, Steffi Menzenbach, Johanna Metz, Annette Sach, Alexander Weinlein

Haben Sie inhaltliche Fragen?

Inhaltliche Fragen richten Sie bitte an die Initiatoren (Fraktionen, Bundesregierung) der jeweiligen parlamentarischen Vorlage. Die Telefonnummer finden Sie auf den entsprechenden Web-Seiten.

Weitere Informationen

- [Fraktionen](#)
- [Internetseite der Bundesregierung](#)]≡[

Quelle: http://www.bundestag.de/aktuell/hib/2009/2009_015/04

Ausdruck aus dem Internet-Angebot des Deutschen Bundestages
© Deutscher Bundestag, 2009